Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 31 (1952)
Heft: 11-12

Artikel: Programmrevision?
Autor: Stocker, Werner
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336667

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ROTE REVUE

31. Jahrgang | Nov./Dez. 1952 | Heft 11/12

WERNER STOCKER

Programmrevision?

Mit seinem Artikel «Eine grundsätzliche Revision des Parteiprogramms der SPS» (Oktoberheft der «Roten Revue») möchte Emil J. *Walter* eine «breite und möglichst fruchtbare Diskussion» über «einige Grundprobleme unserer Partei» und über wesentliche Punkte von Parteitaktik und Parteiprogramm einleiten. Diese Anregung ist zu begrüßen. Eine Klärung wichtiger Fragen des Problemkreises «*Sozialismus – heute*» entspricht – angesichts der politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen unserer Epoche – sicher einem in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft weithin empfundenen Bedürfnis. Und diese Klärung ist schon deshalb nützlich und fällig, weil unsere Gegner bei jeder ihnen passenden Gelegenheit versuchen, Sozialismus und Bolschewismus «im Prinzip» in den gleichen Topf zu werfen, die «vaterländische Zuverlässigkeit» der Sozialdemokratie in Zweifel zu ziehen, uns die Absicht auf eine «totale Verstaatlichung» unterzuschieben und was dergleichen zweckbedingte Liebenswürdigkeiten mehr sind.

Der illusionären Bemühung freilich, notorisch unbelehrbare oder offensichtlich boshafte Gegner unserer Bewegung von der Nichtigkeit ihrer Attacken und Argumente zu überzeugen, werden wir uns keinen Augenblick hingeben. Wohl aber kann eine erneute Diskussion und Darlegung von Theorie und Praxis der schweizerischen Sozialdemokratie – abgesehen von der geistigen Klärung in den eigenen Reihen – dazu dienen, dem *loyalen* Gegner den Kampf mit bloßen Schlagwörtern weniger leicht zu machen und vor allem: die breiten Schichten jener Mitbürger, die innerlich, gefühlsmäßig, schon längst «antikapitalistisch» eingestellt, aber schwankend geblieben oder indifferent geworden sind, zu einer Auseinandersetzung mit dem Sozialismus anzuregen; sie davor zu bewahren, den Haufen der Gleichgültigen und Tonlosen noch zu vergrößern, den schon Gottfried Keller und Herman Greulich als den schlimmsten Feind der lebendigen Demokratie und des sozialen Fortschritts erkannt haben; ihnen vielmehr den Impuls zu geben, in eigener Denkarbeit neue Wege zu suchen und dabei einer Beschäftigung mit der

Ideenwelt des Sozialismus und mit dem Wirken der Arbeiterbewegung nicht länger auszuweichen.

Muß nun aber eine nach diesem Ziel ausgerichtete geistige Klarstellung und Neufundierung des «Sozialismus in unserer Zeit und in unserm Lande» dazu führen, daß – wie E. J. *Walter* meint – man das «veraltete Parteiprogramm vom Jahr 1935» revidiert und sich an seiner Stelle mit etwa zehn summarisch gehaltenen «Grundsätzen» begnügt? Das scheint mir eine abwegige Folgerung zu sein.

Ein *Programm* der SPS kann nach meiner Überzeugung der ideologischen Fundierung, des Bekenntnisses zum Sozialismus, der Kennzeichnung des Fernzieles einer *neuen* Gesellschaftsordnung nicht entraten. Es muß aber auch den *Weg* beschreiben, der zu diesem Ziele führen kann, und das erfordert, daß die bisherige Entwicklung verständlich gemacht, die besondern Gegebenheiten unserer Zeit und unseres Landes erörtert, die Aufgaben des Tages und der nächsten Zukunft dargelegt werden. Das Programm der *schweizerischen* Sozialdemokratie soll daher gewiß die eindeutige Erklärung enthalten, daß die Partei auf dem Boden des Rechtsstaates steht, daß sie die freiheitliche Verfassung von 1848/74 nicht «zerschlagen», sondern erhalten und ausbauen will, daß sie ihren Kampf einzig mit den Waffen der demokratischen Auseinandersetzung führt; es soll aber auch die grundsätzliche Kritik an der bürgerlich-kapitalistischen Ideologie und an der von ihr maßgebend bestimmten bisherigen Gesellschaftsordnung nicht unterdrücken oder verwischen, sondern offen aussprechen, worin unsere Grundanschauungen, unser politischer Glaube, unsere Zielsetzungen, unser Bild einer wahren Demokratie – kurz, unser *Programm* sich prinzipiell unterscheidet von den Programmen der übrigen schweizerischen Parteien.

Dieser *wesentliche* Programminhalt kann aber, auch wenn man ihn äußerst knapp formulieren und Einzelfragen den besondern «Aktionsprogrammen» vorbehalten wollte, nicht in wenige Sätze zusammengepresst werden. Manches, was ein Parteimitglied mit Recht im Programm sucht, müßte bei einer Beschränkung auf einige «Grundsätze» (im Sinne von E. J. Walters *Entwurf)* ungesagt bleiben; anderes – wie z. B. die Begriffe «sozialistische Marktwirtschaft» oder «ausgesprochene Monopolindustrien» – wäre zu wenig genau und konkret umschrieben, was weder der Klarheit in den eigenen Reihen noch der Abwehr tendenziöser Auslegungskünste dienen würde.[1]

Daß das Programm von 1935 einige Stellen – wie die von E. J. Walter zitierten über die Abwehr von Faschismus und Frontismus – enthält, die *heute*, im Rückblick, als zeitbedingt und daher vielleicht überbetont erschei-

[1] Eine genaue Umschreibung der «sozialistischen Marktwirtschaft» wäre schon deshalb erforderlich, weil die begriffliche Grenzziehung gegenüber der «sozialen Marktwirtschaft», die nach Prof. Erhard der Regierung Adenauer als Ziel vorschwebt, nicht ohne weiteres klar ist.

nen, sei nicht bestritten. Und daß auf andere Punkte, wie die Abgrenzung vom Kommunismus, die Verurteilung der stalinistischen Diktatur und der Kominformpolitik, heute, nach den seit 1945 gemachten Erfahrungen und gemäß der Stellungnahme am Parteitag 1948, mehr Gewicht gelegt und ihnen eine tiefer gehende Erörterung gewidmet würde, mag ebenfalls zutreffen. Genügt das aber zu dem Todesurteil: Das ganze Programm ist «veraltet» und revisionsbedürftig; es stellt «lediglich eine Analyse der 1935 herrschenden Lage» dar, es geht von politischen Vorgängen aus, die «längst obsolet geworden» sind? Diese Behauptungen E. J. Walters sind mir schlechthin unverständlich. Sie scheinen mir ebenso abwegig zu sein wie die Ansicht, das «Kommunistische Manifest» von 1848 sei «wesentlich kürzer» als unser Parteiprogramm, das – nach E. J. Walter – «eine längst überholte Tradition befolgt, welche die Klarheit des politischen Gedankens durch langfädige Überlegungen zu umgehen versucht...». Wozu solche Werturteile? Wollte man die beiden Dokumente wirklich vergleichen, so müßte man doch gerade zum umgekehrten Schlusse gelangen: das Manifest von 1848 ist nicht nur länger als unser Programm (mit Einschluß der «Neuen Schweiz»), es ist auch – der damaligen Zeit und der historisch-ökonomischen Gelehrsamkeit seiner Verfasser Marx und Engels entsprechend – an manchen Stellen viel komplizierter, weiter ausholend, «theoretischer» geschrieben als unsere Programme, die in Inhalt und Ausdruck so gefaßt wurden, daß jedes Parteimitglied sie verstehen kann. Es ist mir denn auch – anläßlich zahlreicher Referate und Kurse über Programm und «Neue Schweiz» – noch nie der Einwand begegnet, diese Dokumente seien zu lang, zu kompliziert, zu unklar, als daß man sie überhaupt lesen möchte. Es wurde im Gegenteil immer wieder verlangt, das sehr knapp formulierte Aktionsprogramm «Die neue Schweiz» sollte näher erläutert werden – ein Wunsch, dem die Partei mit der Herausgabe des ausführlichen und ausgezeichneten Kommentars von Eugen *Steinemann* entsprochen hat.

Diese mehr formellen Fragen über Umfang und Formulierung unserer programmatischen Literatur sollen indessen in unserer Diskussion nicht die Hauptsache bilden. Viel wichtiger scheint mir die Aufgabe, zunächst einmal klarzustellen, welche Haltung die schweizerische Sozialdemokratie *bisher*, sowohl in ihrem Programm wie in ihrer Praxis, eingenommen hat. Und in dieser Hinsicht bedürfen die Ausführungen E. J. Walters der Richtigstellung und der Ergänzung.

E. J. Walter schreibt:

> «Damals» (nach dem Ersten Weltkrieg und bis Anfang der dreißiger Jahre) «trat die Partei für die ‚Diktatur des Proletariates' unter enger Anlehnung an die leninistische Variante des Marxismus ein und lehnte die Partei aus der gleichen entsprechenden Grundhaltung die Landesverteidigung ab, weil diese Landesverteidigung nur der Aufrechterhaltung der ‚bürgerlichen Demokratie' diene.

Die wirkliche Politik und die politischen Realitäten ließen aber den Gegensatz von ideologischer Theorie und effektiver Praxis der Partei immer schärfer werden, so daß nach dem Siege des Nationalsozialismus in Deutschland der ideologische Flügel unserer Partei zurückgedrängt wurde und die militärische Landesverteidigung von den meisten Pazifisten und den Realpolitikern unserer Partei anerkannt wurde. Gleichzeitig vollzog sich auch eine Wendung in den Auffassungen über die Beteiligung an den Wahlen in die Exekutivbehörden. Man beschloß, sich an den Wahlen der Regierungsräte der verschiedenen Kantone zu beteiligen; man forderte immer klarer die Beteiligung der stärksten Partei an der Landesregierung ... Die ‚Alles-oder-nichts-Politik' der Vergangenheit wurde von einer gewissen Kompromißbereitschaft abgelöst.»

Diese Schilderung des «Vorlebens» der SPS ist nun nicht nur zu summarisch geraten. Sie steht im Widerspruch zu wesentlichen Tatsachen der Parteigeschichte und entstellt sowohl die programmatische Haltung als das praktische Streben der Sozialdemokratie unseres Landes in den Jahren seit dem Ersten Weltkrieg.

Die Partei hat in Wirklichkeit *nie* – weder theoretisch noch praktisch – eine «Alles-oder-nichts-Politik» betrieben. Sie hat in allen Programmen, auch in dem «revolutionären» von 1920 und in dem darauf beruhenden Arbeitsprogramm von 1924, das Mitspracherecht und damit die Mitverantwortung am bestehenden Staate gefordert und diese Rechte und Pflichten gerade in der Zeit von 1917 bis 1922 in mehreren Kantonen durchgesetzt und ausgeübt. Auch die Beteiligung am *Bundesrat* wurde nicht nur mit der Initiative von 1890 und dann wieder seit 1929 verlangt, sondern auch 1913 (Antrag Blumer-Greulich im Nationalrat), 1919 (Motion Huber) und 1924 (Arbeitsprogramm). Man postulierte damals (1919 und 1924) sogar – weitergehend als in der Volksinitiative von 1939 – die *Proporzwahl* der Landesexekutive – dies gewiß nicht in der Absicht oder Illusion, damit «alles oder nichts» zu erreichen. Aber auch zahlreiche andere Programmpunkte wie praktische Aktionen aus jener Zeit beweisen, daß die SPS nie den Standpunkt vertreten hat, die «bürgerliche Demokratie» sei einfach ihrem Schicksal zu überlassen oder gar, nach leninistischer Auffassung, zu «zerschlagen». Die Partei hat beispielsweise, ausdrücklich «von den Erwägungen des Programms (von 1920) ausgehend», für die folgenden, *im Interesse des Staates und seiner einzelnen Bürger liegenden Ziele* zu kämpfen erklärt:

«Wahrung der staatlichen Neutralität in den Fragen der Außenpolitik ... Organisation der Handels- und Zollpolitik mit dem Ziel der Schaffung einer mittel- und westeuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft ... Förderung der Errichtung und des Ausbaues von Handelsvertretungen und Berufskonsulaten ... Unterstützung von in Not geratenen Schweizern im Ausland ... Eidgenössische Postsparkasse ... Planmäßige Währungspolitik im Interesse der Volkswirtschaft ... Zollfreiheit auf unentbehrlichen Lebensmitteln ... Eidgenössisches Wohnungsgesetz ... Verwaltungsgerichtsbarkeit ... Vereinheitlichung des Strafrechts.»

Diese leicht zu vermehrenden Beispiele zeigen, daß die Partei zu keiner Zeit den schweizerischen demokratischen Staat mißachtet oder grundsätzlich

bekämpft hat. Daß sie das getan, die eidgenössische Demokratie «prinzipiell abgelehnt» und erst unter dem Druck des Nazismus ihre «Kompromißbereitschaft» zu positiver Zusammenarbeit gefunden habe – ist eine von unsern *Gegnern* in Umlauf gesetzte Legende. Wir haben unserseits diese Legende nicht zu unterstützen, sondern ihr die Wahrheit gegenüberzustellen.

Und wie steht es mit der «Ablehnung der Landesverteidigung?» Auch hier dürfen die historischen Tatsachen nicht durcheinandergeworfen und entstellt, auch hier müssen Dichtung und Wahrheit geschieden werden.[2]

Die summarische Zusammenfassung E. J. Walters, *die Partei* habe «aus der gleichen Grundhaltung» die Diktatur des Proletariats gefordert *und* die Landesverteidigung abgelehnt, geht auch hier fehl. Gerade jene *Minderheit* der Gesamtpartei, die sich grundsätzlich und radikal gegen jede militärische Landesverteidigung richtete – mit Charles *Naine* und Paul *Graber* an der Spitze – kämpfte auch mit größter Entschiedenheit *für* die unbedingte Wahrung der Demokratie und *gegen* die leninistischen Thesen von der Diktatur des Proletariats. Die Nationalratsfraktion stimmte, mit Ausnahme von Naine und Graber, 1914 den Vollmachten des Bundesrates und damit auch den Mobilmachungskrediten zu. In der Folge, nach den Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal (1915/1917) erhielten die westschweizerischen Pazifisten einen für sie etwas fragwürdigen, aber praktisch wirksamen Zuzug aus dem ideologisch entgegengesetzten Lager. Am Juni-Parteitag 1917 wurde die Militärfrage gesondert (ohne die Diktaturfrage) behandelt. Ein Antrag: «Die SPS anerkennt den Grenzschutz unseres neutralen Landes durch unsere Milizarmee und bejaht grundsätzlich die Frage der Landesverteidigung im Falle eines äußeren Angriffes» blieb in Minderheit. Bei Annahme des gegenteiligen, jede Landesverteidigung im damaligen Zeitpunkt konkret verneinenden Antrages wäre die Partei von der Spaltung bedroht gewesen. Darum einigte man sich schließlich – obwohl dieser Antrag «grundsätzlich» gutgeheißen war – auf eine Formel, die das Problem mehr in die Zukunft schob und seine Lösung von den Möglichkeiten einer *internationalen* pazifistischen Zusammenarbeit für Weltfrieden und Völkerverständigung abhängig machte: «Die SPS *erklärt sich bereit,* mit den Sozialisten aller Länder *gemeinsam* die Verteidigung des bürgerlichen Vaterlandes aufzugeben und in den Kampf zu treten für den Frieden und die Völkervereinigung auf demokratischer Grundlage.»

Auch diese Formulierung hat indessen *nie* Eingang in ein *Programm* oder Aktionsprogramm der SPS gefunden. Das Programm vom 10./12. Dezember 1920 wurde erlassen, nachdem die Parteimitgliedschaft – im Sep-

---

[2] Vgl. zum folgenden: Ch. *Naine,* Dictature du Proletariat ou Démocratie? (1918); J. *Ragaz,* Die Arbeiterbewegung in der Westschweiz (1938), S. 187 ff.; E. *Schenker,* Die Sozialdemokratische Bewegung in der Schweiz (1926), S. 139/40, 188 ff.

tember 1919 – den Beitritt zur Dritten (Kommunistischen) Internationale mit großer Mehrheit durch Urabstimmung verworfen hatte. Das neue Programm nahm Bezug auf die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit in der Schweiz und in andern Ländern. Es beschrieb die Tendenz bürgerlicher Machthaber, die Aktionen der Arbeiterschaft mit Gewalt zu unterdrücken und auch die Armee in den Dienst dieser Tendenz zu stellen. Es bekannte sich aber ausdrücklich zum Grundsatz, daß «man mit Gewalt keine neue Gesellschaft aufbaut». Es lehnte daher Aufstandsbewegungen ab und propagierte die in der *Demokratie* gegebenen politischen und gewerkschaftlichen Kampfmittel. Darum mochte auch – schon damals – das Kapitel über die «Diktatur des Proletariats» mit seinen *theoretischen* Ausführungen als überflüssig erscheinen, da ja in bezug auf unser Land eindeutig gesagt wurde, eine Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiterbewegung mit diktatorischen Mitteln könnte nur dann in Frage kommen, wenn der bürgerliche Gegner seinerseits zu Gewaltmitteln greifen würde. Wenn dieses Kapitel bei der Revision von 1935 ausgemerzt wurde, so geschah es, um ein mögliches *Mißverständnis* über die Haltung der schweizerischen Sozialdemokratie auszuschalten, und nicht, weil ein nie vorhandenes «Gewaltprogramm», eine «undemokratische» oder «staatsfeindliche» Theorie der Partei hätte abgeschworen werden müssen. – Gegen *die* Landesverteidigung, gegen den *notwendigen* militärischen Schutz der Schweiz hat das alte Programm sich so wenig erklärt wie das neue. Was *beide* ablehnen, ist der «Militarismus, Chauvinismus und Nationalismus als Quelle neuer kriegerischer Katastrophen», was beide propagieren – der Kampf für die Aufklärung über diese Gefahrenquelle und für das Herannahen einer Zeit, die durch soziale und wirtschaftliche Neugestaltung den Frieden sichert.

Dieser kurze Rückblick schien mir zur Korrektur der allzu rasch gezogenen Schlüsse E. J. Walters notwendig. Er genügt, um die Annahme, es bestünde «zwischen Theorie und Praxis ... zwischen Programm und effektiver politischer Betätigung heute ein großer Gegensatz», als Irrtum zu erweisen. Wer die Parteigeschichte und die Entwicklung der Partei- und Aktionsprogramme *eingehend* studiert, wird nicht finden, daß *hier*, in einer Diskrepanz zwischen der Praxis und dem geltenden Programm, das Problem des Tages liege und daß eine Programmrevision die notwendige Klärung schaffen könne und müsse. Ich sehe daher die uns gestellte Aufgabe nicht in dem Bemühen, das angeblich «veraltete» Programm von 1935 durch ein neues, auf einige «Grundsätze» der Staats-, Wirtschafts- und Sozialpolitik reduziertes zu ersetzen. Notwendig erscheint mir vielmehr gerade heute, in einer Epoche größter Spannungen, wirtschaftlicher Umwälzungen und ideologischer Unklarheit: *eine Besinnung auf Fundamente, Herkunft und Werden unserer Partei;* eine Diskussion und Klarstellung der weltanschaulichen und staatspolitischen Grundgedanken, die vor 80 Jahren zum Entstehen der schweizerischen Sozial-

demokratie führten und seither ihr Programm *und* ihre praktische Tätigkeit bestimmten; eine Prüfung der Fragen: Wie hat die SPS den «Marxismus» aufgefaßt und angewendet? Welche Theorien von Marx und Engels haben wir übernommen, welche haben wir abgelehnt, um eigene Wege zu gehen?

Eine solche Diskussion wird für die Kopfklärung in den eigenen Reihen wie für die Abwehr gewisser bürgerlicher Attacken nützlich sein. Sie wird erweisen, daß die SPS nicht erst seit 1935 – oder gar erst heute – unsere Demokratie erhalten und stärken will, sondern seit den Programmerlassen von 1870 und 1904, daß sie schon damals – ganz «unmarxistisch» – den Staat nicht als absterbendes Übel, sondern als «die *notwendige* Verbindung der Bürger zur allgemeinen und allseitigen Wohlfahrt» und zur «Förderung der genossenschaftlichen Organisation der Arbeit» betrachtet hat, und daß sie in den bewegten Auseinandersetzungen von 1917 bis 1920 mit *innerer Notwendigkeit* den leninistischen Weg der Diktatur ablehnen mußte. Wir brauchen daher – um nochmals darauf zurückzukommen – keine «Alles-oder-nichts-Politik» abzuschwören, keinen Bruch mit der Vergangenheit zu vollziehen, kein «veraltetes Programm» zu revidieren, wenn wir am Auf- und Ausbau unseres demokratischen Staates mit allen Kräften mitarbeiten. Wir bleiben, indem wir den Anspruch auf diese Mitarbeit erheben, durchaus dem Gesetze unseres Ursprungs treu.

Mit diesen Bemerkungen soll nur ein Hinweis gegeben sein, in welche Bahnen die Diskussion um die «Grundlageprobleme» zu lenken wäre, damit sie, wie auch E. J. Walter hofft, möglichst fruchtbar werde. – Auf die einzelnen Probleme wird zurückzukommen sein. Eine auf Anregung der SP der Stadt Zürich gegründete «Sozialistische Arbeitsgemeinschaft» befaßt sich seit etwa Jahresfrist mit dem Studium ähnlicher Fragen. Sie dürfte in absehbarer Zeit in der Lage sein, mit den ersten Ergebnissen ihrer Arbeit vor die Parteiöffentlichkeit zu treten.

FRITZ GRÜTTER

Stipendien und Studiendarlehen — ein kulturpolitisches Postulat

Durch das Postulat, das ich heute im Namen der sozialdemokratischen Fraktion zu begründen habe*, wird der Bundesrat eingeladen, zu prüfen und Bericht zu erstatten, was von der Eidgenossenschaft aus auf dem Gebiete der Ausrichtung von Stipendien und der Gewährung von Studiendarlehen

* Wir drucken ein Votum ab, das Genosse Grütter im Nationalrat gehalten hat. Das Postulat wurde ohne Opposition angenommen.